

POPULISMUS ALS HERAUSFORDERUNG
FÜR WISSENSCHAFT UND PRAXIS - EINLEITUNG

ARTHUR BENZ

In einem bemerkenswerten Artikel, der in der *American Political Science Review* erschien, bezeichnete der schweizerische Politikwissenschaftler Daniele Caramani Populismus und Technokratie als zwei Entwicklungen, die aktuell die repräsentative Demokratie herausfordern und sie gefährden (Caramani, 2017). Diese wird als effektive und legitime Form der Herrschaft anerkannt, weil in ihr politische Entscheidungen letztlich aus einem Wettbewerb hervorgehen, in dem unterschiedliche Vorstellungen darüber, was das Gemeinwohl bedeutet und wie es zu verwirklichen ist, zur Auswahl stehen. Technokraten behaupten dagegen, diese Fragen aufgrund von fachlichen Kenntnissen und wissenschaftlichen Verfahren beantworten zu können, also als Experten bestimmen zu können, welche Politik dem Gemeinwohl entspricht. Populismus wiederum beruht auf der Annahme, dass sich das Gemeinwohl im Willen eines Volkes äußere, und dass man daher nur diesen Volkswillen unverfälscht, ohne die Verzerrung durch Eliten oder intermediäre Prozesse, bestimmen müsse.

Während Technokratie auf einem Missverständnis von Wissenschaft beruht, liegt dem Populismus ein falsches Verständnis von Demokratie zugrunde. Wissenschaft erzeugt keine Wahrheiten, sondern nur Wahrheitsbehauptungen, die unter dem Vorbehalt einer möglichen Falsifizierung stehen. Demokratie bedeutet nicht Herrschaft des Volkes, sondern Herrschaft unter dem Vorbehalt, dass sie gegenüber dem Volk verantwortet werden kann und von einer Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unterstützt wird. Dass Wissenschaft und Demokratie eng zusammenhängen, darauf haben Karsten Fischer und Peter Strohschneider in überzeugender Weise hingewiesen (Fischer, Strohschneider, 2017). In beiden Bereichen gelten Erkenntnisse und Entscheidungen nur vorläufig als richtig, und auch dies nur, wenn sie der Überprüfung und Kritik ausgesetzt werden und wenn diejenigen, die für sie verantwortlich sind, sie rechtfertigen. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind also nur unter der Bedingung der Revidierbarkeit gültig. Daher können Experten zwar für politische Entscheidungen Wissen und Argumente liefern, aber das politische Entscheiden nicht überflüssig machen. Entscheidungen über politische Angelegenheiten müssen in demokratischen Verfahren legitimiert werden und stehen in der Demokratie selbst unter dem Vorbehalt der Revidierbarkeit.

Populisten berufen sich nicht auf ein absolut gültiges Wissen, aber sie setzen den Volkswillen absolut und behaupten, diesen erkennen zu können. Da-

durch können sie sich als Demokraten, ja sogar als die eigentlichen Demokraten, darstellen, scheint doch Herrschaft nach dem Willen des Volkes die fundamentale Voraussetzung von Demokratie zu sein. Der Schein trügt aber, und in diesem Fall beträchtlich. Das populistische Demokratieverständnis impliziert einen vorgegebenen Willen des Volkes, den es aber nur als Fiktion gibt. Auf diese Fiktion haben im Laufe der Geschichte viele Autokraten ihre Herrschaft gestützt. Die moderne Variante des fiktiven Volkswillens wird in Meinungsumfragen oder Volksabstimmungen erzeugt, die aber lediglich die Einzelwillen der Befragten oder Abstimmenden aggregieren. Die Fiktion besteht dabei in der Gleichsetzung der Mehrheitsmeinung mit dem Volkswillen und dem Gemeinwohl.

Es ist kein Zufall, dass Populisten für direkte Demokratie eintreten, weil sie meinen, damit könne der Volkswille unverfälscht in Herrschaft transformiert werden. Es ist auch kein Zufall, dass sie ihre Rolle vor allem darin sehen, die Probleme und Anliegen des gemeinen Volkes zu artikulieren, während sie sich nicht die Mühe machen, funktionierende Problemlösungen anzubieten. Populisten behaupten, für das Volk zu sprechen bzw. das Volk sprechen zu lassen. Letzteres mag man als Eintreten für direkte Demokratie durchgehen lassen. Doch dass direkte Demokratie des Volkes nur unter ganz bestimmten, selten gegebenen Voraussetzungen funktioniert, wussten schon die Denker der Antike, weshalb sie Demokratie (genauer gesagt die ihnen bekannte direkte Demokratie als Herrschaft von Vielen) als schlechte Regierungsform bewerteten. Sie erkannten, dass diese Herrschaftsform anfällig für die Dominanz weniger ist, die behaupten, für das Volk zu sprechen. Genau dies tun Populisten, und gefährden dadurch die Demokratie.

Populisten fallen mit ihrer Demokratievorstellung hinter das Zeitalter der Aufklärung zurück. Damals verbreitete die politische Philosophie die Erkenntnis, dass eine Monarchie, wenn sich der Regent nicht mehr auf eine durch Religion begründete Gemeinwohlvorstellung berufen kann, keine legitime Herrschaft bedeutet. Seit dieser Zeit wissen wir, dass Gemeinwohl nur in öffentlichen Diskussionen zwischen Menschen gefunden werden kann, die sich wechselseitig als gleichberechtigt und gleichermaßen vernunftbegabt anerkennen. Praktisch funktioniert eine Herrschaft, die auf ein solchermaßen prozedural erzeugtes und – genauso wie wissenschaftliche Wahrheitsansprüche – immer bestreitbares und zu rechtfertigendes Gemeinwohl gerichtet ist, in der Form der repräsentativen Demokratie, die als Idee auch in der

Aufklärung entstand. Repräsentanten des Volkes, die sich in Parteien organisieren, formulieren konkurrierende Gemeinwohlvorstellungen und Vorschläge, wie diese verwirklicht werden können. Die mit Herrschaftsämtern beauftragten Repräsentanten verfügen über die Macht, die von ihnen vertretene Gemeinwohlvorstellung zu verwirklichen, solange sie die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger überzeugen können, dass ihre Entscheidungen dem Gemeinwohl entsprechen. Durch öffentliche Rechtfertigung und Wiederwahl etabliert repräsentative Demokratie Verfahren, die auf die Vorläufigkeit und Revidierbarkeit der Gemeinwohlbehauptungen verweisen, ein Prinzip, das analog für das nach wissenschaftlichen Verfahren generierte Wissen gilt.

Wenn Experten aus der Wissenschaft und aus der Praxis zu einem Dialog über ein Thema zusammenkommen, so stellen sie ihr Wissen zur Diskussion. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die von konkreten Sachverhalten oder besonderen Fällen abstrahieren und generalisierbar sein sollen, werden dabei der Prüfung durch Praxiswissen, das die konkrete Wirklichkeit erfasst, ausgesetzt. Letzteres wiederum wird der Reflexion der Wissenschaft unterzogen und damit überprüft. Der Dialog beider Seiten schließt jegliche technokratische Ambition von vornherein aus. Insofern ist er nicht nur für beide Seiten fruchtbar, sondern auch mit einer Demokratie verträglich und ihr förderlich. Das gilt besonders, wenn sich die teilnehmenden Personen über Themen der Gesellschaft und Politik austauschen und wenn sie aus den dafür zuständigen wissenschaftlichen Disziplinen bzw. aus Parlamenten, Ministerien, Verwaltungen und Medien kommen, also in ihrer Arbeit in der einen oder anderen Weise am Gelingen der Demokratie mitwirken.

Die Beiträge, die im Folgenden dokumentiert sind, stammen aus der Sozialwissenschaft und der Praxis. Der Workshop, in dem sie präsentiert und intensiv diskutiert wurden, fand im Rahmen des „Mercator Science-Policy Fellowship-Programms“ statt, das den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis fördert. Während dieses Programm einen bescheidenen und dennoch wertvollen Beitrag leistet, um der Gefahr eines technokratischen Denkens und Handelns zu begegnen, so zielte der Workshop auf die Demokratiegefährdung durch Populismus. Das Thema wurde, wie alle Themen, mit denen sich die Fellows in ihren Gesprächen und Veranstaltungen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern befassen, von Seiten interessierter und sachkundiger Praktiker vorgeschlagen. Seitens der Wissenschaft fand es Resonanz, da zu Demokratie und Populismus an allen drei Rhein-Main-Universitä-

ten geforscht wird.

Die Beiträge aus der Praxis wie aus der Wissenschaft beleuchteten unterschiedliche Aspekte des Themas, und sie stimulierten ausgesprochen spannende Diskussionen. Alle Beteiligten leitete die Motivation, die Demokratie zu stabilisieren, ihre Gefährdungen zu erkennen und nach Wegen zu suchen, um der Herausforderung des Populismus angemessen zu begegnen. „Lösungen“ oder Patentrezepte, wie man mit dem Populismus umgehen soll, erbrachte der Workshop nicht. Das konnte er in der begrenzten Zeit auch nicht und dies war auch nicht angestrebt. Einen Beitrag zur Aufklärung über Demokratie und ihren aktuellen Zustand in Deutschland und Europa leistete der Workshop aber allemal. Ihr soll auch die Publikation der nachfolgenden Texte dienen.

Literatur:

Daniele Caramani (2017). Will vs. Reason: The Populist and Technocratic Forms of Political Representation and Their Critique to Party Government; in: *American Political Science Review* 111 (1), S. 54-67.

Karsten Fischer, Peter Strohschneider (2017). Dafür gehn wir meilenweit. Lauft mit beim Marsch für die Wissenschaft! Sich Blasen an den Füßen zu holen ist immer noch besser, als der Dumm- oder Bosheit der Populisten auf den Leim zu gehen; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. April 2017, S. 12.